

rüber sein, dass die Auswirkungen des Klimawandels insbesondere die ärmeren Staaten am heftigsten treffen werden, und damit die frühe Einführung von nachhaltigen Adaptionsmechanismen notwendig wird, um sowohl die jeweiligen Gesellschaften als auch die Wirtschaft der betroffenen Länder zu schützen. Obgleich die DR Kongo mit dem PANA einen Aktionsplan vorgelegt hat, befindet sich das Land weit von einer Implementierung entfernt.

Für die kongolesische Regierung ist es darüber hinaus essentiell, die fortschreitende Abholzung der Regenwaldgebiete einzudämmen und damit die sogenannten non-energy Emissionen zu reduzieren. Eine effektive und effiziente Forstverwaltung stellt zunächst einmal eine nationale Angelegenheit dar, beschränkt sich jedoch nicht nur auf Regierungsinstitutionen sondern muss sowohl die Beteiligung der Forstbesitzer, anliegender Gemeinden als auch der Holzverarbeitenden Industrie mit einschließen.

Trotz der theoretisch formulierten ehrgeizigen Ziele der Regierung Kabila bleibt abzuwarten, inwieweit es in der Ressourcennutzung wirklich zu einer rigiden Korruptionsbekämpfung kommen wird und inwieweit in Folge dessen, das bestehende Moratorium zur Bewilligung von neuen Forstkonzessionen aufrechterhalten werden wird. Insbesondere gilt es hier die schwachen staatlichen Kapazitäten zur Kontrolle der Moratoriums-umsetzung und einer nachhaltigen Bewirtschaftung zu stärken. Das 2002 auf Betreiben der Weltbank neu verabschiedete Forstwirtschaftsgesetz sieht zwar eine Verteilung von 40 Prozent der auf Forstkonzessionen erhobenen Steuern an die betroffenen Gemeinden vor, doch wurde zwischen 2002 und 2006 kein einziger Franc Congolais an die Regenwaldbewohner gezahlt. Eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes wird jedoch langfristig nur durch die Einbindung aller Akteure inklusive der Holzverarbeitenden Industrie möglich werden.

UGANDA: WENIGER KAFFEE DURCH KLIMAWANDEL?

Peter Girke

Klimawandel ist für Uganda ein Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnen sollte und wohl auch wird. Zumindest in den mittleren und oberen Bildungsschichten werden die Folgen der Erderwärmung diskutiert. Dem Klimawandel wird beispielsweise zugeschrieben, dass sich in den vergangenen Jahren Regen- und Trockenzeiten verschoben haben, und die Niederschläge insgesamt geringer ausgefallen sind. Dies hat zu verminderten Ernteerträgen geführt. Das Sinken des Wasserspiegels des Viktoriasees, des größten Binnengewässers Afrikas und des zweitgrößten Süßwassersees der Welt, wird unter anderem dem Klimawandel zugeschrieben. Geringere Regenfälle, aber auch erhöhte Entnahme zur Trinkwassergewinnung und Stromerzeugung, lassen den See schrumpfen – mit bisher nicht abschätzbaren Auswirkungen auf das Mikro- und Makroklima.

„Germanwatch“ macht die hohe Verletzbarkeit von Entwicklungsländern durch den Klimawandel am Beispiel Kaffeeanbau in Uganda deutlich: „Bei einem Temperaturanstieg von (nur) 2 Grad würde in Uganda die für den Anbau von Robusta Kaffee geeignete Fläche drastisch reduziert. Nur die höher gelegenen Gebiete im Südwesten des Landes wären noch nutzbar. Die restlichen Flächen lägen in Gebieten, die

zu heiß wären, um Kaffee weiterhin anbauen zu können. Kaffee ist zurzeit Ugandas Exportgut Nummer eins und erwirtschaftet einen großen Teil der Exporteinnahmen.“

Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ hat im April 2007 auf Konflikte und Gewaltausbrüche im Osten Ugandas hingewiesen, deren Ursache auch in den Folgen des Klimawandels zu finden seien: „Aufgrund der anhaltenden Dürre konkurrieren gerade in der verarmten ugandischen Region Karamoja einzelne Gruppen von Viehhirten mit wachsender Gewalt um Herden, Wasser und Weideland, darunter auch die schwer bewaffneten Karimojong-Nomaden. Sie weigern sich, die Waffen abzugeben, weil sie dann ihre Herden nicht mehr schützen können. Wer diesen Menschen die Waffen nimmt, muss ihnen angesichts des Klimawandels auch andere Überlebens-Perspektiven bieten.“

In der ugandischen Politik spielt Klimaschutz eine eher marginale Rolle, die Prioritäten liegen – auch für die Geberländer – in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Es fehlt aber nicht der Hinweis, dass Klimaschutz zunächst in der Verantwortung der Industrieländer läge, zumal sie für den Großteil der weltweiten Emissionen verantwortlich seien. Gäbe es von Seiten der Industrieländer einen Lastenausgleich oder dien-

ten Klimaschutzmaßnahmen der allgemeinen Entwicklung des Landes, so könnte das Thema Klimaschutz verstärkt vorangetrieben werden. Im Tourismussektor beispielsweise könnten die starken Ausbaubestrebungen Ugandas in diesem Bereich durch den Klimawandel, der starke Veränderungen in Flora und Fauna mit sich bringen wird, gedämpft werden.

Lokale Nichtregierungs- und Lobbyorganisationen aus dem Umweltbereich versuchen durch Aufklärung und Politikbeeinflussung dem Desinteresse der Politik ent-

gegen zu wirken und die Themen Umweltschutz und Klimawandel verstärkt auf die Agenda zu bringen. In den Medien wird das Thema regelmäßig aufgegriffen und findet dadurch auch zunehmend in der Bevölkerung Beachtung. Im Frühjahr 2007 eskalierten Proteste gegen den Verkauf eines größeren staatlichen Areals Primärregenwaldes an einen Zuckerrohrfabrikanten in Straßenschlachten mit mehreren Toten. Allerdings waren die Umweltschutzanliegen auch überlagert von fremdenfeindlichen und anderen politischen Motiven.

MOSAMBIK: FÖRDERUNG VON KLEINBAUERN ALS BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ

Ingo Scholz

FAKTEN UND AKUTE PROBLEME

Mosambik ist ein Land, in dem tropische Zyklone, Dürren und Überschwemmungen durch Niederschlag noch häufiger auftreten als im afrikanischen Durchschnitt. Der ist schon hart genug und stellt die afrikanische Bevölkerung vor erhebliche Herausforderungen.

Extrem und variabel war die Natur in Afrika immer: die Regenfälle waren zeitlich und in ihrer Menge unberechenbar, die Dürren traten zyklisch auf. Bedenklich ist jedoch der Trend: Mosambik wurde wärmer. Zwischen 1901 und 1995 stieg die Temperatur 0,5–1 Grad. Bis 2080 sollen es – je nach Szenario – noch einmal 1,6–1,9 Grad bzw. 5,1–6,4 Grad werden. Mosambik bekommt weniger Regen. Im Verlauf des letzten Jahrhunderts sank die Niederschlagsmenge um 10 Prozent. Bei der Klimaänderung wirken drei Faktoren zusammen: der geringere Niederschlag geht einher mit größerer Variabilität und höherer Sonneneinstrahlung, die wiederum zu höherer Verdunstung führt. Die Effekte wirken kumulativ.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Menschen mit diesen Veränderungen nicht mehr fertig werden. Der Wassermangel beschleunigt die Desertifikation. Hiervon sind 8 von 11 Provinzen betroffen, ca. 30–40 Prozent der Landfläche Mosambiks. Hinzu kommen Bodenerosion, Entwaldung, sinkende Grundwasserspiegel. Seit 1980 erlitt Mosambik acht Dürreperioden, die das ganze Land oder den größeren Teil davon heimsuchten. Die „Erholung“ danach geht immer langsamer vonstatten. 60–80 Prozent der Mosambikaner sind unter- und fehlernährt.

WIE REAGIEREN DIE MOSAMBIKANER AUF DIESES PHÄNOMEN?

Formal stimmt alles: Mosambik ist Mitglied des Internationalen Abkommens über Klimawandel, Desertifikation und Schutz der Ozon-Schicht. Das Land hat die UN-Konvention über Klimawandel (UNFCCC) im August 1995 ratifiziert. Das Ministerium für die Koordination der Umweltangelegenheiten ist die federführende Institution. Das Nationale Meteorologische Institut (INAM) übernimmt die Koordination für das „Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)“. Und Mosambik ist Mitglied des „Southern Africa Climate Outlook Forum“ (SARCOF) für Zyklonwarnungen. Dennoch geschieht wenig aus eigener Anstrengung; das Thema „Klimawandel“ wird vor allem von den Gebern angesprochen und in der Diskussion gehalten. Dass die Geber überall involviert sind, ist bei einem Geberanteil am Staatshaushalt von 54 Prozent nicht verwunderlich, ebenso wenig allerdings das Phänomen, dass man sich auf die Geber verläßt. Kürzlich hat Mosambik 405.000 US-Dollar erhalten, um den 2. Nationalen Bericht über den Klimawandel zu verfassen. Es wird betont, dass inzwischen die Kenntnisse dafür im Land vorhanden seien. Er soll im ersten Quartal 2009 fertig werden. Ein weiteres Phänomen ist, dass die fristgerechte Abgabe von Berichten bereits als Indikator dafür genommen wird, dass die Regierung ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Es gibt einige Pilotversuche, die die Möglichkeiten der Landbevölkerung erkunden sollen, wie sie mit der Erwärmung und ihren Begleiterscheinungen umgehen werden. Sie werden finanziert von verschiedenen Organisationen der Gebergemeinschaft, von UNDP bis zu Oxfam.